

---

**\*\*\*PRESSEMITTEILUNG\*\*\***

---

**Freitag, 23. März 2018**

## **Wohlstand nicht durch Schutzzölle gefährden!**

Heute treten die von der amerikanischen Regierung beschlossenen Schutzzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte von 25 % bzw. 10 % in Kraft. Zwar ist die EU, gemeinsam mit einer Reihe anderer Staaten hiervon ausgenommen, jedoch sind von diesen Handelsrestriktionen jedenfalls mittel- bis langfristig negative Effekte zu erwarten. Die Maßnahmen zielen auf die Verringerung der hohen Importe in die USA und den Schutz amerikanischer Stahl- und Aluminiumhersteller ab. Dies ist jedoch zweifelhaft. „Die Politik der Schutzzölle wird nicht nur Schaden für andere Volkswirtschaften anrichten, sondern richtet sich letztendlich auch gegen die amerikanischen Bürger selbst“, sagt Wolfgang Schwarzbauer, Leiter des Forschungsbereichs Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria.

„Durch die Einführung der Zölle kann es zwar kurzfristig zu einer Belebung der betroffenen US-Unternehmen kommen – mittel- bis langfristig zahlen jedoch die Amerikaner die Zeche“, so Schwarzbauer. Grund dafür ist vor allem der Anstieg der Preise für Güter, zu deren Produktion Stahl und Aluminium verwendet werden – vom Hausbau bis hin zur Automobilproduktion. Das kann auch die Wettbewerbsfähigkeit anderer US-Branchen gefährden. „US-Jobs, die zunächst durch Zölle entstehen könnten, werden durch Werksschließungen aufgrund des Verlustes an Wettbewerbsfähigkeit später wieder vernichtet“, erläutert Schwarzbauer.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die internationale Arbeitsteilung stark zugenommen. Hiervon haben insbesondere auch entwickelte Volkswirtschaften profitiert. Dies trifft auf Österreich und Deutschland ebenso zu wie auf die USA. Nach der EU sind die USA der zweitwichtigste Exportmarkt Österreichs. Neben den direkten Auswirkungen durch die Schutzzölle kann die einseitige Abkehr vom Prinzip der internationalen Arbeitsteilung durch die USA zu Reaktionen der Handelspartner führen und einen Handelskrieg auf Kosten von EndverbraucherInnen und Unternehmen auslösen, den niemand gewinnen kann.

Rückfragehinweis:

Mag. Dr. Wolfgang Schwarzbauer  
Leiter des Forschungsbereichs Wirtschaft- und Infrastrukturpolitik  
Tel.: +43-676-3763260  
Email: [wolfgang.schwarzbauer@ecoaustria.ac.at](mailto:wolfgang.schwarzbauer@ecoaustria.ac.at)